

Ausländerrecht

Bergmann / Dienelt

13. Auflage 2020
ISBN 978-3-406-74061-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bergmann / Dienelt
Ausländerrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ausländerrecht

Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU und
ARB 1/80 (Auszug), Grundrechtecharta und
Artikel 16a GG, Asylgesetz

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jan Bergmann,
LL. M. Eur.
Vors. Richter am
VGH Baden-Württemberg

Dr. Klaus Dienelt
Vors. Richter am VG Darmstadt

bearbeitet von den Herausgebern und

Dr. Ina Bauer
Richterin am VGH Baden-Württemberg

Franz Wilhelm Dollinger
Richter am Bundesverwaltungsgericht

Ingo Kolber
Erster Polizeihauptkommissar,
Bundespolizeiakademie

Dr. Walter Krämer
Ministerialrat beim Landesbeauftragten
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Dr. Anna Nusser
Richterin am Sozialgericht

Dr. Julian Nusser
Richter am VG Karlsruhe

Dr. Isabel Röcker
Richterin am VG Karlsruhe

Kai-Christian Samel
Vors. Richter am VG Berlin

Carina Stephan
Richterin am AG Darmstadt

Holger Winkelmann
Polizeidirektor,
Bundespolizeiakademie

Prof. Dr. Simone Wunderle, LL. M.
Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg,
Richterin am VG a.D.

13. Auflage 2020



Zitiervorschlag: Bergmann/Dienelt/*Bearbeiter*

Rechtsstand: 1. März 2020 (BGBl. ausgewertet bis 31. Dezember 2019)



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74061 9

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Wir sind alle Ausländer – fast überall


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur dreizehnten Auflage

Das bis zuletzt politisch heiß umkämpfte Migrationspaket 2019 novelliert vor allem mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung (DuldG) auf der einen Seite sowie dem „Geordnete-Rückkehrgesetz“ (2. RückkehrG) auf der anderen Seite umfassend die Aufenthalts- und Asylgesetze. Die zahlreichen Änderungsnormen spiegeln die unterschiedlichen politischen Grundkonzepte der Regierungsparteien wider: Einerseits soll durch gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten die Basis des Wirtschaftsstandortes Deutschland abgesichert sowie durch einen „kleinen Spurwechsel“ der Übergang für bereits in Deutschland lebende Asylbeantragende in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Andererseits wird zugleich das rechtliche Instrumentarium zur Durchsetzung einer vollziehbaren Ausreisepflicht deutlich verschärft. Weitere Neuerungen sind aus Europa zu melden, hier vor allem mit den richtungsweisenden EuGH-Grundlagenurteilen Jawo/Ibrahim zum Dublin-Asylsystem. Kurz, die vollständige Überarbeitung des gesamten Werkes war unabdingbar.

Das bewährte Autorenteam, aus dem leider die zur Stuttgarter Sozialbürgermeisterin gewählte Kollegin Dr. Alexandra Sußmann sowie Richter am VGH Dr. Wolfgang Schenk ausgeschieden sind, konnte dies alles nicht mehr alleine stemmen. Mit Arbeitskraft und Schwung verstärken uns deshalb ausgewiesene Expertinnen und Experten: Erster Polizeihauptkommissar Ingo Kolber der Bundespolizeiakademie schärft den Blick auf die immer relevanter werdenden Bereiche von Grenzschutz und Visaverfahren. Die derzeit am BVerfG arbeitende Ri'inSG Dr. Anna Nusser richtet noch stärker die Aufmerksamkeit auf die komplexe sozialrechtliche Seite von Migration und Integration. Ri'inAG Carina Stephan stärkt unsere strafrechtliche Kompetenz. Der beim baden-württembergischen Landesbeauftragten arbeitende Ministerialrat Dr. Walter Krämer sichert ab, dass der zwischenzeitlich in allen Lebensbereichen verstärkte Datenschutz auch bei uns den ihm gebührenden Stellenwert hält. Der derzeit am Straßburger EGMR eingesetzte RiVG Dr. Julian Nusser gewichtet weiter die zentrale menschenrechtliche Perspektive unseres Kommentars.

Ohne das besondere Engagement des Verlags wäre es unmöglich gewesen, das Migrationspaket 2019 mit dieser Neuauflage so schnell nach Inkrafttreten auf die Schreibtische und Computer zu bekommen. Hierfür danken wir herzlichst unserer allseits hochgeschätzten Fachlektorin Frau Ruth Schrödl, die längst mit dem Team zusammengewachsen ist, sowie insbesondere dem mit ruhiger und kundiger Hand steuernden Lektoratsleiter Herrn Dr. Johannes Wasmuth.

Stuttgart/Darmstadt, im November 2019

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Vorwort

Aus dem Vorwort zur zwölften Auflage

In der emotional aufgeladenen Flüchtlingspolitik versuchen alle, nach bestem Wissen und Gewissen das Richtige zu tun. Als größte Aufgabe der Gegenwart wird die Integration der rund eine Million Menschen gesehen, die im letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind. Zugleich besteht weitreichender politischer Konsens, dass all diejenigen zeitnah das Land verlassen sollen, die keine Bleibeperspektive haben. Die große Koalition hat zu diesen Zwecken zum einen das am 17. März 2016 in Kraft getretene sogenannte „Asylpaket II“ erlassen. Es umfasst das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ und wird von dem „Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern“ flankiert. Zum anderen wurde das am 6. August 2016 in Kraft getretene und nach dem Leitgedanken des Förderns und Forderns konstruierte „Integrationsgesetz“ erlassen, das als Artikelgesetz zahlreiche bestehende Regelungskomplexe ändert. Auch die im vorliegenden Werk kommentierten Normen wurden hierdurch umfangreich novelliert, sodass eine Neuauflage unabdingbar erscheint. Schließlich waren die im Februar und November 2016, sowie im Juli und August 2017 in Kraft getretenen Neuregelungen des „Datenaustauschverbesserungsgesetzes“, des „Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“, des „Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen“ sowie des „Gesetzes zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration“ und des „Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ in das Werk einzuarbeiten.

Stuttgart/Darmstadt, im Oktober 2017

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Aus dem Vorwort zur elften Auflage

Das Migrationsrecht ist nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Flüchtlingsbewegungen vielfältigen und raschen Änderungen unterworfen. Seit Erscheinen der letzten Auflage waren insbesondere das Richtlinienumsetzungsgesetz 2013 und das am 1. August 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung einzuarbeiten, welches u. a. das von Bergmann/Dörig auf den letzten Deutschen Verwaltungsgerichtstagen europarechtlich angestoßene neue Ausweisungsrecht einführt, sowie das soeben erst beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Vor der Tür stehen die weitere Umsetzung der novellierten Asylverfahrens-Richtlinie 2013/32/EU und zahlreiche Reformvorschläge insbesondere zum Asylrecht, die aus den Verhandlungsergebnissen der verschiedenen Flüchtlingsgipfel resultieren.

Am Autorenteam hat sich wenig verändert. Die sieben Kolleginnen und Kollegen sind allesamt beruflich im Ausländer- bzw. Asylrecht aktiv und bieten insbesondere den richterlichen Blick auf diese spannende Materie. Der Schwerpunkt des Kommentars liegt auf der besonderen Nutzbarkeit für die alltägliche Praxis, weswegen Literaturstreitigkeiten weniger Raum erhalten.

Stuttgart/Darmstadt, im November 2015

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Aus dem Vorwort zur zehnten Auflage

Die rasch fortschreitende Europäisierung des Ausländer- und Asylrechts macht eine Neuauflage des Kommentars unausweichlich. Einzuarbeiten war insbesondere das am 26. November 2011 in Kraft getretene weitere Richtlinienumsetzungsgesetz, durch welches u. a. die Rückführungsrichtlinie in bundesdeutsches Recht umgesetzt wurde, sowie das am 1. August 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie (Blue Card).

Die Neuauflage war Anlass für weitere Änderungen: Die bislang in § 4 AufenthG versteckte Kommentierung des ARB 1/80 wurde komplett überarbeitet und benutzerfreundlich verselbstständigt. Hinzugekommen ist des Weiteren eine Kurzkomentierung der EU-Grundrechtecharta, die im Laufe der nächsten Jahre gerade in unseren Rechtsgebieten erheblich an Bedeutung gewinnen dürfte. Die wichtigste Neuerung jedoch ist die Erweiterung des Autorenkreises um die in einem Ausländerrechtssenat des VGH Baden-Württemberg aktive Frau Dr. Ina Bauer, um die am Verwaltungsgericht Stuttgart

Vorwort

tätige Richterin Frau Dr. Simone Wunderle, die einen Schwerpunkt auch im humanitären Aufenthaltsrecht hat, um die ebendort tätige, zuvor als Richterin am Sozialgericht aktive Frau Dr. Alexandra Sußmann, die ihr besonderes sozial- und arbeitsrechtliches Know-how einbringt, um den am Berliner Verwaltungsgericht tätigen Herrn Kai-Christian Samel, der zuvor am Bundesverfassungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ausländerrecht aktiv war, sowie um Herrn Holger Winkelmann, der aufgrund seiner vielfältigen Erfahrungen bei der Bundespolizei vor allem die grenz-, strafrechts- und haftrelevanten Normen mit Praxiswissen anreichert. Gemeinsam mit der bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration tätigen Frau Sybille Röseler, die den Kommentar nach dieser Neuauflage verlässt, besteht das Autorenteam damit derzeit aus acht und langfristig aus sieben Personen, was den Verlag zur Umstellung auf das Herausgebermodell veranlasste.

Stuttgart/Darmstadt, im April 2013

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Aus dem Vorwort zur neunten Auflage

Fünf Jahre sind vergangen, seit unser verehrter Mentor und väterlicher Freund Professor Dr. Günter Renner am 19. August 2005 plötzlich und unerwartet im Alter von 66 Jahren in Melsungen verstorben ist. Günter Renner hat das Ausländerrecht in Deutschland wie kaum ein anderer geprägt. Sowohl mit dem von ihm geleiteten 12. Senat am Hessischen Verwaltungsgerichtshof als auch mit zahllosen wissenschaftlichen Beiträgen und vor allem dem seit der 5. Auflage von 1991 bis 2005 betreuten vorliegenden Kommentar hat er maßgeblich Einfluss genommen auf Rechtsprechung und Verwaltung. „Der Renner“, wie das 1967 von Dr. Werner Kanein begründete Werk bald überall genannt wurde, ist einfach jedem im Ausländerrecht Tätigen ein Begriff.

Günter Renner hinterlässt ohne jeden Zweifel große Fußstapfen. Mit der kurz vor seinem Tod fertiggestellten 8. Auflage hinterließ er zudem eine erste umfassende Kommentierung des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen neuen Zuwanderungsrechts. Entsprechend seinem im Verlagsvertrag niedergelegten Willen haben wir diese Kommentierung unseren Bearbeitungen zugrunde gelegt und sodann fortgeschrieben. Neu eingearbeitet wurde vor allem das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz, mit dem insgesamt elf Richtlinien der Europäischen Union in das innerstaatliche Recht umgesetzt worden sind, sowie die seit dem 26. Oktober 2009 vorliegende bundeseinheitliche Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

Außerlich haben wir vorsichtige Änderungen vorgenommen. Am augenfälligsten dürfte die Umstellung des gesamten Kommentars auf Fußnoten sein, die zur besseren Lesbarkeit beitragen soll. In den Fußnoten kehren wir uns zudem überwiegend ab von den bisher vielfach verwendeten EZAR-Quellenangaben und zitieren verstärkt im herkömmlichen Sinne, auch um das raschere Auffinden in Datenbanken zu erleichtern. So wird manches altbekannt und manches neu erscheinen. Günter Renners ausländerrechtliches Erbe wird gepflegt und weiterentwickelt. Sein liberaler Geist wirkt fort. Daran ist uns gelegen.

Stuttgart/Darmstadt/Berlin, im September 2010

Jan Bergmann
Klaus Dienelt
Sybille Röseler

Aus dem Vorwort zur achten Auflage

Nun ist endlich gelungen, was lange verhindert und dann doch begonnen worden ist: Das alte deutsche Ausländerrecht ist zu einem neuen Zuwanderungsrecht entwickelt worden.

Nach der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in den Jahren 1999 und 2000 hat sich zunächst in zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen und dann bei dem Gesetzgeber die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch das Ausländerrecht reformiert werden sollte. Die These vom Nichteinwanderungsland Deutschland konnte nicht länger die allfällige Anpassung an grundlegend geänderte Verhältnisse hindern. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und demografische Defizite hatten Grundlagen und System des Ausländergesetzes von 1990 schneller als erwartet altern lassen. Die vielfältigen Bestrebungen auf europäischer Ebene, die Bausteine für ein zukunftstaugliches Migrationsrecht zu schaffen, brachten Deutschland in Zugzwang. Die Europäische Union machte von den ihr neu übertragenen Kompetenzen in den Bereichen Visa und Zuwanderung sowie Asyl und Flüchtlinge zügig Gebrauch.

Vorwort

Nachdem die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ in ihrem Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ im Juli 2001 festgestellt hatte: „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer“, entschied sich der Gesetzgeber für eine Umgestaltung des Ausländerrechts in ein modernes Zuwanderungsrecht. Nach langen parlamentarischen Auseinandersetzungen und der Nichtigerklärung des ersten Zuwanderungsgesetzes von 2002 wegen einer verfassungswidrigen Zustimmung des Bundesrats konnte das Zuwanderungsgesetz (ZuwG) über drei Jahre nach Einbringung des ersten Entwurfs schließlich am 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Die vielfachen Herausforderungen für die deutsche Zuwanderungspolitik sind mit diesem Gesetz angenommen, aber nicht gemeistert. Während die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 und das Ausländergesetz von 1965 jeweils ein Vierteljahrhundert und das Ausländergesetz 1990 fast 15 Jahre gegolten haben, wird das Aufenthaltsgesetz schon in fünf Jahren grundlegend verändert sein. Unabhängig von den ohnehin notwendigen Nachbesserungen wird die noch ausstehende Umsetzung einiger EU-Richtlinien schon in den nächsten zwei Jahren für wesentliche Veränderungen sorgen. Vor allem die folgenden Bereiche werden davon betroffen sein: Freizügigkeit der Unionsbürger, Familienzusammenführung zu Drittstaatsangehörigen, Daueraufenthalts- und Weiterwanderungsrecht von Drittstaatsangehörigen, Asyl- und Flüchtlingsstatus und Asylverfahren.

Melsungen, im Juni 2005

Günter Renner

Aus dem Vorwort zur siebenten Auflage

Fast neun Jahre sind seit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des Ostblocks vergangen, seit über acht Jahren gilt das neue Ausländergesetz, und vor annähernd sechs Jahren wurde das Asylgrundrecht durch die neue Drittstaatenklausel sehr weitgehend beschnitten. Die europäische Einigung schreitet fort. Der Vertrag von Amsterdam wird nach seinem Inkrafttreten wesentliche ausländerrechtliche Kompetenzen auf die Europäische Union verlagern. Zuzug und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen werden dem Einfluss der Mitgliedstaaten entzogen werden. Mit den Europa-Abkommen ist der Weg für eine Erweiterung der Union um mittel- und osteuropäische Reformstaaten geebnet und vorgezeichnet. Damit erweist sich an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert und Jahrtausend der enge Zusammenhang zwischen der Globalisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und dem zunehmenden Bedarf an einer zeitgerechten Ausgestaltung des Migrationsrechts im weiteren Sinne.

Geblichen ist ein nicht unbeträchtlicher Reformstau. Die Aufrechterhaltung der These vom Nicht-einwanderungsland verhinderte aber die notwendigen Schlussfolgerungen aus der Tatsache, dass Deutschland die Einwanderung zahlreicher Ausländer durch Gewährung eines Daueraufenthalts und durch Einbürgerung in der Vergangenheit rechtlich und tatsächlich zugelassen hat und weiter zulässt. Das beständige Leugnen der millionenfachen Einwanderungssituation hat es verhindert, die Regelung des Aufenthalts von Ausländern in Deutschland endlich als einen Teil der gemeinsamen Daseinsvorsorge zu begreifen, statt Nichtdeutsche ausschließlich oder vorwiegend als Quelle polizeilicher Gefahren anzusehen und zu behandeln. Nicht zuletzt die beharrlich verweigerte Bereitschaft zur Anerkennung mehr oder weniger unabänderlicher Fakten ist verantwortlich für das allenthalben festzustellende Fehlen system- und sachgerechter Vorschriften – und damit auch für den Mangel an Akzeptanz des gesetzten Rechts in der deutschen wie in der nichtdeutschen Bevölkerung.

Melsungen, im Februar 1999

Günter Renner

Aus dem Vorwort zur sechsten Auflage

Die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands waren geprägt von hoffnungsvoller Aufbruchstimmung einerseits und unsicheren Zukunftserwartungen andererseits. Ungeachtet zwischenzeitlicher Enttäuschungen und Rückschläge, nicht nur wegen des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien, hat die Öffnung von Grenzen, Märkten und Systemen den Wanderungsbewegungen neuen Auftrieb verliehen. Der von Grenzkontrollen freie europäische Binnenmarkt kann den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie die allgemeine Freizügigkeit weiter fördern. Dabei liegen die möglichen Gefahren fehlender Steuerung der über die EG-Freizügigkeit hinausgehenden Zuwanderung auf der Hand.

Ein grundlegender Wandel hat sich innerhalb weniger Monate im Asylrecht vollzogen. Das neue Asylverfahrensgesetz vom Juli 1992 wurde bereits kurz nach seinem – teilweisen – Inkrafttreten für ungenügend erachtet und mit der Änderung der grundgesetzlichen Gewährleistung des Asylrechts

Vorwort

einer erneuten Revision unterzogen. Die mit der Drittstaatenklausel beabsichtigte Beschränkung der Aufnahme auf mit dem Flugzeug einreisende politisch Verfolgte beendet eine asylrechtliche Tradition, die mit den Verfolgungserfahrungen Deutscher während des Zweiten Weltkriegs begann. In Zukunft wird der Reiseweg und nicht mehr die erlittene oder drohende Verfolgung über das Asylrecht in Deutschland entscheiden.

Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen und Morde in den Jahren 1992 und 1993 sind nicht auf unzureichende Gesetze zurückzuführen, eher schon auf eine vernachlässigte Aufklärung der Bevölkerung über Ursachen und Folgen von Zuwanderung. Gegen politischen Fanatismus von Sektierern und dessen teilweise Billigung durch einen Teil der deutschen Bevölkerung kann nur sachgerechte und wahrheitsgemäße Information helfen. Einseitige Tatsachendarstellungen schaden der Akzeptanz von Ausländern bei Deutschen ebenso wie undifferenzierte Werturteile gleich welcher Art. Nur Rechtssicherheit und klare Perspektiven für die ausländische Wohnbevölkerung können die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland bilden.

Melsungen, im August 1993

Günter Renner

Aus dem Vorwort zur fünften Auflage

Über 25 Jahre lang hat das Ausländergesetz vom April 1965 gegolten. Seither haben sich die Verhältnisse in und um Deutschland grundlegend gewandelt. Die europäische Einigung ist fortgeschritten, die internationale Verflechtung der Wirtschaft verstärkt die Wanderungsbewegungen der Arbeitnehmer, und das weltweite Flüchtlingselend wächst trotz aller Bemühungen um Frieden und Sicherung der Menschenrechte. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wird zusätzlich Menschen zum Verlassen einer Heimat bewegen, die ihnen schon lange keine Heimat mehr war. Die Vereinigung Deutschlands schafft Hoffnungen im Innern wie im Ausland. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten werden mit steigender Wirtschaftskraft noch mehr Ausländer nach Deutschland drängen und hier auch benötigt werden und willkommen sein.

In dieser Zeit des Umbruchs ist ein neues Ausländerrecht geschaffen worden, das den Anforderungen der Zukunft gewachsen sein soll. Die Eile, mit der es konzipiert, beraten und verabschiedet wurde, hat ihm nicht immer und überall gut getan. Doch bei näherer Betrachtung scheint es besser zu sein als sein anfänglicher Ruf.

Melsungen, im Juli 1991

Günter Renner

Aus dem Vorwort zur vierten Auflage

Etwa viereinhalb Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik Deutschland. Anzeichen einer Ausländerfeindlichkeit sind unverkennbar. Spektakuläre Ereignisse jüngerer Zeit sind Warnzeichen.

Es ist unzutreffend, von „ausländischen Mitbürgern“ und „Gastarbeitern“ zu sprechen. Diese beschönigende, unbegründete, Illusionen hervorrufende Terminologie sollte aufgegeben werden. Der Staatsfremde, Staatenlose oder Ausländer ist Einwohner, Gebietszugehöriger. Der „Gastarbeiter“ ist alles andere als ein Gast, nicht selten ein minderberechtigter ausländischer Arbeitnehmer.

München/Feilnbach, im Mai 1986

Werner Kanein

Aus dem Vorwort zur dritten Auflage

Das deutsche Fremdenrecht ist nach wie vor in Bewegung. Die jüngere und jüngste Zeit haben einschneidende Änderungen durch Gesetze, Ausführungsvorschriften und höchstrichterliche Entscheidungen gebracht. Vor allem der Rechtsprechung ist zu danken, daß gegenüber weitgehend restriktiver und schematischer Vollzugspraxis der eigentliche Wille des Gesetzgebers zu weltoffener, liberaler und humaner Fremdenpolitik zunehmend zur Durchsetzung gelangt. Die durch die Rezession bewirkte Konsolidierung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Ausländerrechts kommt diesem Ziel zugute.

München/Feilnbach, im Oktober 1979

Werner Kanein

Vorwort

Aus dem Vorwort zur zweiten Auflage

Bei Inkrafttreten des Ausländergesetzes befanden sich rund eine Million ausländische Arbeiter im Bundesgebiet. Man ging davon aus, daß deren Beschäftigung vorübergehend sein werde.

Zwar verfügen in allen Staaten der Welt Inländer über eine privilegierte Rechtsstellung gegenüber Staatsfremden, die grundsätzlich keinen Anspruch auf Aufenthalt besitzen. Doch darf der ausländerbehördliche Vollzug des Fremdenrechts weniger als Aufgabe des Polizeirechts, aus dem es rechtssystematisch hervorgegangen ist, begriffen werden. Vielmehr sollte es in der liberalen und humanen Weise gehandhabt werden, die den Absichten des Gesetzgebers ebenso wie der in der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Bundesverwaltungsgerichts sich abzeichnenden Auffassung entspricht. Damit können die von Anbeginn gegen das Gesetz laut gewordene Kritik verstummen, die Ausländer das Gefühl der Unsicherheit verlieren, die behördliche Arbeit erleichtert, die Gerichte entlastet und beträchtlicher politischer Zündstoff beseitigt werden.

München, im Juni 1974

Werner Kanein

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Die bis zum 30. September 1965 maßgebende Rechtsgrundlage des Deutschen Fremdenrechts, die Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 (RGBl. I S. 1053), ist durch das Ausländergesetz vom 28. April 1965, verkündet am 8. Mai 1965 (BGBl. I S. 353), abgelöst worden. Das Ausländergesetz ist seit 1. Oktober 1965 in Kraft. Es enthält nicht unbeträchtliche Neuerungen. Während die Ausländerpolizeiverordnung im wesentlichen nur das Aufenthaltsrecht der Ausländer regelte, geht das Ausländergesetz darüber hinaus und enthält neben der Regelung der Einreise und des Aufenthalts, die nunmehr rechtlich als einheitlicher Vorgang betrachtet werden, Bestimmungen über das Paß- und Ausweiswesen der Ausländer, die politische Betätigung, das Asylrecht u. dgl. Der gesteigerten Bedeutung des Fremdenrechts entsprechend hat der Gesetzgeber das Rechtsgebiet eingehender geregelt.

München, im Juli 1967

Werner Kanein

Inhaltsübersicht

Erster Teil. Aufenthaltsgesetz	1
Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	1
Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	53
Kapitel 3. Integration	801
Kapitel 4. Ordnungsrechtliche Vorschriften	828
Kapitel 5. Beendigung des Aufenthalts	861
Kapitel 6. Haftung und Gebühren	1305
Kapitel 7. Verfahrensvorschriften	1347
Kapitel 8. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	1520
Kapitel 9. Straf- und Bußgeldvorschriften	1525
Kapitel 9a. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung	1588
Kapitel 10. Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften	1599
 Zweiter Teil. Freizügigkeitsgesetz/EU	 1651
 Dritter Teil. ARB 1/80	 1829
(Auszug)	
Kapitel II. Soziale Bestimmungen	1838
Kapitel III. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit	1944
 Vierter Teil. Grundrechtecharta der EU	 1945
Titel I. Würde des Menschen	1952
Titel II. Freiheiten	1958
Titel III. Gleichheit	1976
Titel IV. Solidarität	1982
Titel V. Bürgerrechte	1990
Titel VI. Justizielle Rechte	1996
Titel VII. Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta	2001
 Fünfter Teil. Artikel 16a Grundgesetz	 2011
 Sechster Teil. Asylgesetz	 2047
Abschnitt 1. Geltungsbereich	2058
Abschnitt 2. Schutzgewährung	2065
Abschnitt 3. Allgemeine Bestimmungen	2095
Abschnitt 4. Asylverfahren	2126
Abschnitt 5. Unterbringung und Verteilung	2329
Abschnitt 6. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens	2359
Abschnitt 7. Folgeantrag, Zweitantrag	2404
Abschnitt 8. Erlöschen der Rechtsstellung	2420
Abschnitt 9. Gerichtsverfahren	2445
Abschnitt 10. Straf- und Bußgeldvorschriften	2496
Abschnitt 11. Übergangs- und Schlussvorschriften	2504
 Sachregister	 2517
	XIII



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil. Aufenthaltsgesetz

Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	1
§ 1 Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich	1
§ 2 Begriffsbestimmungen	14
Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	53
Abschnitt 1. Allgemeines	53
§ 3 Passpflicht	53
§ 4 Erfordernis eines Aufenthaltstitels	71
§ 4a Zugang zu Erwerbstätigkeit	91
§ 5 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	104
§ 6 Visum	146
§ 7 Aufenthaltserlaubnis	182
§ 8 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	198
§ 9 Niederlassungserlaubnis	209
§ 9a Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU	228
§ 9b Anrechnung von Aufenthaltszeiten	242
§ 9c Lebensunterhalt	248
§ 10 Aufenthaltstitel bei Asylantrag	251
§ 11 Einreise- und Aufenthaltsverbot	262
§ 12 Geltungsbereich; Nebenbestimmungen	296
§ 12a Wohnsitzregelung	308
Abschnitt 2. Einreise	322
§ 13 Grenzübertritt	322
§ 14 Unerlaubte Einreise; Ausnahme-Visum	331
§ 15 Zurückweisung	346
§ 15a Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer	373
Abschnitt 3. Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung	383
§ 16 Grundsatz des Aufenthalts zum Zweck der Ausbildung	383
§ 16a Berufsausbildung; berufliche Weiterbildung	395
§ 16b Studium	399
§ 16c Mobilität im Rahmen des Studiums	409
§ 16d Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	411
§ 16e Studienbezogenes Praktikum EU	417
§ 16f Sprachkurse und Schulbesuch	418
§ 17 Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes	421
Abschnitt 4. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	422
§ 18 Grundsatz der Fachkräfteeinwanderung; allgemeine Bestimmungen	422
§ 18a Fachkräfte mit Berufsausbildung	429
§ 18b Fachkräfte mit akademischer Ausbildung	431
§ 18c Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte	437
§ 18d Forschung	443
§ 18e Kurzfristige Mobilität für Forscher	449
§ 18f Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher	452
§ 19 ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer	453
§ 19a Kurzfristige Mobilität für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer	459
§ 19b Mobiler-ICT-Karte	464
§ 19c Sonstige Beschäftigungszwecke; Beamte	466
§ 19d Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung	471
§ 19e Teilnahme am europäischen Freiwilligendienst	480
§ 19f Ablehnungsgründe bei Aufenthaltstiteln nach den §§ 16b, 16c, 16e, 16f, 17, 18b	
Absatz 2, den §§ 18d, 18e, 18f und 19e	482
	XV

Inhaltsverzeichnis

§ 20 Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte	486
§ 20a Kurzfristige Mobilität für Forscher	488
§ 20b Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher	489
§ 20c Ablehnungsgründe bei Forschern, Studenten, Schülern, Praktikanten, Teilnehmern an Sprachkursen und Teilnehmern am europäischen Freiwilligendienst	489
§ 21 Selbständige Tätigkeit	490
Abschnitt 5. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	499
§ 22 Aufnahme aus dem Ausland	499
§ 23 Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden	504
§ 23a Aufenthaltsgewährung in Härtefällen	512
§ 24 Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz	519
§ 25 Aufenthalt aus humanitären Gründen	522
§ 25a Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden	554
§ 25b Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration	564
§ 26 Dauer des Aufenthalts	571
Abschnitt 6. Aufenthalt aus familiären Gründen	583
§ 27 Grundsatz des Familiennachzugs	583
§ 28 Familiennachzug zu Deutschen	612
§ 29 Familiennachzug zu Ausländern	627
§ 30 Ehegattennachzug	636
§ 31 Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten	658
§ 32 Kindernachzug	678
§ 33 Geburt eines Kindes im Bundesgebiet	699
§ 34 Aufenthaltsrecht der Kinder	703
§ 35 Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder	707
§ 36 Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger	716
§ 36a Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten	730
Abschnitt 7. Besondere Aufenthaltsrechte	742
§ 37 Recht auf Wiederkehr	742
§ 38 Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	755
§ 38a Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte	764
Abschnitt 8. Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	779
§ 39 Zustimmung zur Beschäftigung	779
§ 40 Versagungsgründe	792
§ 41 Widerruf der Zustimmung und Entzug der Arbeitserlaubnis	796
§ 42 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht	797
Kapitel 3. Integration	801
§ 43 Integrationskurs	801
§ 44 Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	811
§ 44a Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	816
§ 45 Integrationsprogramm	825
§ 45a Berufsbezogene Deutschsprachförderung; Verordnungsermächtigung	827
Kapitel 4. Ordnungsrechtliche Vorschriften	828
§ 46 Ordnungsverfügungen	828
§ 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung	836
§ 47a Mitwirkungspflichten; Lichtbildabgleich	842
§ 48 Ausweisrechtliche Pflichten	843
§ 48a Erhebung von Zugangsdaten	852
§ 49 Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität	853

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 5. Beendigung des Aufenthalts	861
Abschnitt 1. Begründung der Ausreisepflicht	861
§ 50 Ausreisepflicht	861
§ 51 Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen ..	873
§ 52 Widerruf	888
Vorbemerkung §§ 53–56 – Ausweisung	901
§ 53 Ausweisung	950
§ 54 Ausweisungsinteresse	977
§ 55 Bleibeinteresse	1004
§ 56 Überwachung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	1011
§ 56a Elektronische Aufenthaltsüberwachung; Verordnungsermächtigung	1016
Abschnitt 2. Durchsetzung der Ausreisepflicht	1023
§ 57 Zurückschiebung	1023
§ 58 Abschiebung	1031
§ 58a Abschiebungsanordnung	1048
§ 59 Androhung der Abschiebung	1061
§ 60 Verbot der Abschiebung	1078
§ 60a Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	1121
§ 60b Duldung für Personen mit ungeklärter Identität	1143
§ 60c Ausbildungsduldung	1149
§ 60d Beschäftigungsduldung	1161
§ 61 Räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage, Ausreiseeinrichtungen	1168
§ 62 Abschiebungshaft	1176
§ 62a Vollzug der Abschiebungshaft	1294
§ 62b Ausreisegewahrsam	1301
Kapitel 6. Haftung und Gebühren	1305
§ 63 Pflichten der Beförderungsunternehmer	1305
§ 64 Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer	1312
§ 65 Pflichten der Flughafenunternehmer	1316
§ 66 Kostenschuldner; Sicherheitsleistung	1318
§ 67 Umfang der Kostenhaftung	1325
§ 68 Haftung für Lebensunterhalt	1331
§ 68a Übergangsvorschrift zu Verpflichtungserklärungen	1340
§ 69 Gebühren	1340
§ 70 Verjährung	1346
Kapitel 7. Verfahrensvorschriften	1347
Abschnitt 1. Zuständigkeiten	1347
§ 71 Zuständigkeit	1347
§ 71a Zuständigkeit und Unterrichtung	1361
§ 72 Beteiligungserfordernisse	1364
§ 72a Abgleich von Visumantragsdaten zu Sicherheitszwecken	1370
§ 73 Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren, im Registrier- und Asylverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln	1374
§ 73a Unterrichtung über die Erteilung von Visa	1387
§ 73b Überprüfung der Zuverlässigkeit von im Visumverfahren tätigen Personen und Organisationen	1388
§ 73c Zusammenarbeit mit externen Dienstleistungserbringern	1389
§ 74 Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis	1390
Abschnitt 1 a. Durchbeförderung	1392
§ 74a Durchbeförderung von Ausländern	1392
Abschnitt 2. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1395
§ 75 Aufgaben	1395
§ 76 (weggefallen)	1399
Abschnitt 3. Verwaltungsverfahren	1400
§ 77 Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen	1400
	XVII

Inhaltsverzeichnis

§ 78 Dokumente mit elektronischem Speicher- und Verarbeitungsmedium	1406
§ 78a Vordrucke für Aufenthaltstitel in Ausnahmefällen, Ausweisersatz und Bescheinigungen	1407
§ 79 Entscheidung über den Aufenthalt	1410
§ 80 Handlungsfähigkeit	1416
§ 81 Beantragung des Aufenthaltstitels	1419
§ 81a Beschleunigtes Fachkräfteverfahren	1433
§ 82 Mitwirkung des Ausländers	1436
§ 83 Beschränkung der Anfechtbarkeit	1444
§ 84 Wirkungen von Widerspruch und Klage	1446
§ 85 Berechnung von Aufenthaltszeiten	1453
§ 85a Verfahren bei konkreten Anhaltspunkten einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft	1455
Abschnitt 4. Datenschutz	1459
§ 86 Erhebung personenbezogener Daten	1459
§ 86a Erhebung personenbezogener Daten zu Förderungen der freiwilligen Ausreise und Reintegration	1465
§ 87 Übermittlungen an Ausländerbehörden	1467
§ 88 Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verarbeitungsregelungen	1482
§ 88a Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Integrationsmaßnahmen	1486
§ 89 Verfahren bei identitätsüberprüfenden, -feststellenden und -sichernden Maßnahmen	1489
§ 89a <i>Verfahrensvorschriften für die Fundpapier-Datenbank (aufgehoben)</i>	1492
§ 90 Übermittlungen durch Ausländerbehörden	1494
§ 90a Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden	1499
§ 90b Datenabgleich zwischen Ausländer- und Meldebehörden	1500
§ 90c Datenübermittlungen im Visumverfahren über das Auswärtige Amt	1502
§ 91 Speicherung und Löschung personenbezogener Daten	1502
§ 91a Register zum vorübergehenden Schutz	1505
§ 91b Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle	1508
§ 91c Innergemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/EG	1509
§ 91d Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2016/801	1513
§ 91e Gemeinsame Vorschriften für das Register zum vorübergehenden Schutz und zu innergemeinschaftlichen Datenübermittlungen	1516
§ 91f Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2009/50/EG innerhalb der Europäischen Union	1516
§ 91g Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2014/66/EU	1518
Kapitel 8. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	1520
§ 92 Amt der Beauftragten	1520
§ 93 Aufgaben	1521
§ 94 Amtsbefugnisse	1523
Kapitel 9. Straf- und Bußgeldvorschriften	1525
§ 95 Strafvorschriften	1525
§ 96 Einschleusen von Ausländern	1564
§ 97 Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	1575
§ 97a Geheimhaltungspflichten	1577
§ 98 Bußgeldvorschriften	1578
Kapitel 9a. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung	1588
§ 98a Vergütung	1588
§ 98b Ausschluss von Subventionen	1592
§ 98c Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	1596
Kapitel 10. Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften	1599
§ 99 Verordnungsermächtigung	1599
§ 100 Sprachliche Anpassung	1603
§ 101 Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte	1603
§ 101a <i>Überleitung von Rechten nach dem Freizügigkeitsgesetz (Entwurf)</i>	1610
§ 102 Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung	1611
§ 103 Anwendung bisherigen Rechts	1616

Inhaltsverzeichnis

§ 104 Übergangsregelungen	1617
§ 104a Altfallregelung	1625
§ 104b Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern	1639
§ 105 Übergangsregelung zur Duldung für Personen mit ungeklärter Identität	1640
§ 105a Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	1641
§ 105b Übergangsvorschrift für Aufenthaltstitel nach einheitlichem Vordruckmuster	1647
§ 105c Überleitung von Maßnahmen zur Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	1648
§ 106 Einschränkung von Grundrechten	1648
§ 107 Stadtstaatenklausel	1650

Zweiter Teil. Freizügigkeitsgesetz/EU

Vorbemerkung	1651
§ 1 Anwendungsbereich	1660
§ 2 Recht auf Einreise und Aufenthalt	1672
§ 3 Familienangehörige	1702
§ 4 Nicht erwerbstätige Freizügigkeitsberechtigte	1725
§ 4a Daueraufenthaltsrecht	1732
§ 5 Aufenthaltskarten, Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht	1745
§ 5a Vorlage von Dokumenten	1758
§ 6 Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	1761
§ 7 Ausreisepflicht	1783
§ 8 Ausweispflicht	1798
§ 9 Strafvorschriften	1801
§ 10 Bußgeldvorschriften	1802
§ 11 Anwendung des Aufenthaltsgesetzes	1803
§ 11a Verordnungsermächtigung	1810
§ 12 Staatsangehörige der EWR-Staaten	1811
§ 13 Staatsangehörige der Beitrittsstaaten	1812
§ 14 Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	1827
§ 15 Übergangsregelung	1827

Dritter Teil. ARB 1/80 (Auszug)

Vorbemerkung	1829
Kapitel II. Soziale Bestimmungen	1838
Abschnitt 1. Fragen betreffend die Beschäftigung und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ..	1838
Art. 6	1838
Art. 7	1869
Art. 8	1890
Art. 9	1890
Art. 10	1890
Art. 11	1896
Art. 12	1897
Art. 13	1897
Art. 14	1928
Art. 15	1944
Art. 16	1944
Kapitel III. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit	1944
Art. 30	1944

Inhaltsverzeichnis

Vierter Teil. Grundrechtecharta der EU

Vorbemerkung	1945
Präambel	1951
Titel I. Würde des Menschen	1952
Art. 1 Würde des Menschen	1952
Art. 2 Recht auf Leben	1953
Art. 3 Recht auf Unversehrtheit	1954
Art. 4 Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung ..	1955
Art. 5 Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit	1957
Titel II. Freiheiten	1958
Art. 6 Recht auf Freiheit und Sicherheit	1958
Art. 7 Achtung des Privat- und Familienlebens	1959
Art. 8 Schutz personenbezogener Daten	1962
Art. 9 Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen	1964
Art. 10 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit	1965
Art. 11 Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit	1966
Art. 12 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	1967
Art. 13 Freiheit der Kunst und der Wissenschaft	1968
Art. 14 Recht auf Bildung	1968
Art. 15 Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten	1969
Art. 16 Unternehmerische Freiheit	1970
Art. 17 Eigentumsrecht	1971
Art. 18 Asylrecht	1972
Art. 19 Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung	1975
Titel III. Gleichheit	1976
Art. 20 Gleichheit vor dem Gesetz	1976
Art. 21 Nichtdiskriminierung	1977
Art. 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen	1979
Art. 23 Gleichheit von Frauen und Männern	1979
Art. 24 Rechte des Kindes	1980
Art. 25 Rechte älterer Menschen	1981
Art. 26 Integration von Menschen mit Behinderung	1981
Titel IV. Solidarität	1982
Art. 27 Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen	1982
Art. 28 Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen	1982
Art. 29 Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst	1983
Art. 30 Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung	1983
Art. 31 Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen	1984
Art. 32 Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz	1985
Art. 33 Familien- und Berufsleben	1986
Art. 34 Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung	1987
Art. 35 Gesundheitsschutz	1988
Art. 36 Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	1988
Art. 37 Umweltschutz	1989
Art. 38 Verbraucherschutz	1989
Titel V. Bürgerrechte	1990
Art. 39 Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	1990
Art. 40 Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen	1991
Art. 41 Recht auf eine gute Verwaltung	1991
Art. 42 Recht auf Zugang zu Dokumenten	1993
Art. 43 Der Europäische Bürgerbeauftragte	1994
Art. 44 Petitionsrecht	1994
Art. 45 Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit	1995
Art. 46 Diplomatischer und konsularischer Schutz	1995
XX	

Inhaltsverzeichnis

Titel VI. Justizielle Rechte	1996
Art. 47 Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht	1996
Art. 48 Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte	1999
Art. 49 Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen	2000
Art. 50 Recht, wegen desselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden	2000
 Titel VII. Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta	 2001
Art. 51 Anwendungsbereich	2001
Art. 52 Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze	2006
Art. 53 Schutzniveau	2008
Art. 54 Verbot des Missbrauchs der Rechte	2009
Fünfter Teil. Artikel 16a Grundgesetz	
Art. 16a GG [Asylrecht]	2011
Sechster Teil. Asylgesetz	
Vorbemerkung	2047
 Abschnitt 1. Geltungsbereich	 2058
§ 1 Geltungsbereich	2058
 Abschnitt 2. Schutzgewährung	 2065
Unterabschnitt 1. Asyl	2065
§ 2 Rechtsstellung Asylberechtigter	2065
Unterabschnitt 2. Internationaler Schutz	2070
§ 3 Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	2070
§ 3a Verfolgungshandlungen	2077
§ 3b Verfolgungsgründe	2080
§ 3c Akteure, von denen Verfolgung ausgehen kann	2083
§ 3d Akteure, die Schutz bieten können	2085
§ 3e Interner Schutz	2086
§ 4 Subsidiärer Schutz	2088
 Abschnitt 3. Allgemeine Bestimmungen	 2095
§ 5 Bundesamt	2095
§ 6 (aF) Bundesbeauftragter (weggefallen)	2101
§ 6 Verbindlichkeit asylrechtlicher Entscheidungen	2102
§ 7 Erhebung personenbezogener Daten	2105
§ 8 Übermittlung personenbezogener Daten	2110
§ 9 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	2114
§ 10 Zustellungsvorschriften	2116
§ 11 Ausschluss des Widerspruchs	2123
§ 11a Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen	2124
 Abschnitt 4. Asylverfahren	 2126
Unterabschnitt 1. Allgemeine Verfahrensvorschriften	2126
§ 12 Handlungsfähigkeit	2126
§ 12a Asylverfahrensberatung	2128
§ 13 Asylantrag	2129
§ 14 Antragstellung	2136
§ 14a Familieneinheit	2146
§ 15 Allgemeine Mitwirkungspflichten	2148
§ 15a Auswertung von Datenträgern	2152
	XXI

Inhaltsverzeichnis

§ 16 Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität	2154
§ 17 Sprachmittler	2160
Unterabschnitt 2. Einleitung des Asylverfahrens	2162
§ 18 Aufgaben der Grenzbehörde	2162
§ 18a Verfahren bei Einreise auf dem Luftwege	2177
§ 19 Aufgaben der Ausländerbehörde und der Polizei	2188
§ 20 Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung	2190
§ 21 Verwahrung und Weitergabe von Unterlagen	2192
§ 22 Meldepflicht	2193
§ 22a Übernahme zur Durchführung eines Asylverfahrens	2195
Unterabschnitt 3. Verfahren beim Bundesamt	2196
§ 23 Antragstellung bei der Außenstelle	2196
§ 24 Pflichten des Bundesamtes	2198
§ 25 Anhörung	2204
§ 26 Familienasyl und internationaler Schutz für Familienangehörige	2210
§ 26a Sichere Drittstaaten	2219
§ 27 Anderweitige Sicherheit vor Verfolgung	2222
§ 27a [aufgehoben]	2236
§ 28 Nachfluchtatbestände	2237
§ 29 Unzulässige Anträge	2242
§ 29a Sicherer Herkunftsstaat; Bericht; Verordnungsermächtigung	2276
§ 30 Offensichtlich unbegründete Asylanträge	2281
§ 30a Beschleunigte Verfahren	2286
§ 31 Entscheidung des Bundesamtes über Asylanträge	2289
§ 32 Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht	2294
§ 32a Ruhen des Verfahrens	2296
§ 33 Nichtbetreiben des Verfahrens	2297
Unterabschnitt 4. Aufenthaltsbeendigung	2301
§ 34 Abschiebungsandrohung	2301
§ 34a Abschiebungsanordnung	2306
§ 35 Abschiebungsandrohung bei Unzulässigkeit des Asylantrags	2308
§ 36 Verfahren bei Unzulässigkeit nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 und 4 und bei offensichtlicher Unbegründetheit	2310
§ 37 Weiteres Verfahren bei stattgebender gerichtlicher Entscheidung	2318
§ 38 Ausreisefrist bei sonstiger Ablehnung und bei Rücknahme des Asylantrags	2321
§ 39 [aufgehoben]	2322
§ 40 Unterrichtung der Ausländerbehörde	2323
§ 41 Gesetzliche Duldung (weggefallen)	2324
§ 42 Bindungswirkung ausländerrechtlicher Entscheidungen	2325
§ 43 Vollziehbarkeit und Aussetzung der Abschiebung	2326
§ 43a Aussetzung der Abschiebung durch das Bundesamt (weggefallen)	2328
§ 43b Paßbeschaffung (weggefallen)	2329
Abschnitt 5. Unterbringung und Verteilung	2329
§ 44 Schaffung und Unterhaltung von Aufnahmeeinrichtungen	2329
§ 45 Aufnahmequoten	2331
§ 46 Bestimmung der zuständigen Aufnahmeeinrichtung	2333
§ 47 Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen	2336
§ 48 Beendigung der Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen	2340
§ 49 Entlassung aus der Aufnahmeeinrichtung	2342
§ 50 Landesinterne Verteilung	2343
§ 51 Länderübergreifende Verteilung	2349
§ 52 Quotenanrechnung	2351
§ 53 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	2352
§ 54 Unterrichtung des Bundesamtes	2358
Abschnitt 6. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens	2359
§ 55 Aufenthaltsgestattung	2359
§ 56 Räumliche Beschränkung	2366
§ 57 Verlassen des Aufenthaltsbereichs einer Aufnahmeeinrichtung	2369

Inhaltsverzeichnis

§ 58 Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs	2373
§ 59 Durchsetzung der räumlichen Beschränkung	2377
§ 59a Erlöschen der räumlichen Beschränkung	2380
§ 59b Anordnung der räumlichen Beschränkung	2381
§ 60 Auflagen	2382
§ 61 Erwerbstätigkeit	2387
§ 62 Gesundheitsuntersuchung	2391
§ 63 Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung	2391
§ 63a Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender	2394
§ 64 Ausweispflicht	2397
§ 65 Herausgabe des Passes	2398
§ 66 Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	2400
§ 67 Erlöschen der Aufenthaltsgestattung	2401
<i>Zweiter Unterabschnitt. Aufenthalt nach Abschluss des Asylverfahrens (weggefallen)</i>	2403
§ 68 Aufenthaltserlaubnis (weggefallen)	2403
§ 69 Wiederkehr eines Asylberechtigten (weggefallen)	2403
§ 70 Aufenthaltsbefugnis (weggefallen)	2404
Abschnitt 7. Folgeantrag, Zweitantrag	2404
§ 71 Folgeantrag	2404
§ 71a Zweitantrag	2418
Abschnitt 8. Erlöschen der Rechtsstellung	2420
§ 72 Erlöschen	2420
§ 73 Widerruf und Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft	2427
§ 73a Ausländische Anerkennung als Flüchtling	2441
§ 73b Widerruf und Rücknahme des subsidiären Schutzes	2442
§ 73c Widerruf und Rücknahme von Abschiebungsverboten	2444
Abschnitt 9. Gerichtsverfahren	2445
§ 74 Klagefrist, Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2445
§ 75 Aufschiebende Wirkung der Klage	2459
§ 76 Einzelrichter	2461
§ 77 Entscheidung des Gerichts	2467
§ 78 Rechtsmittel	2469
§ 79 Besondere Vorschriften für das Berufungsverfahren	2483
§ 80 Ausschluss der Beschwerde	2484
§ 80a Ruhen des Verfahrens	2485
§ 81 Nichtbetreiben des Verfahrens	2486
§ 82 Akteneinsicht in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	2491
§ 83 Besondere Spruchkörper	2491
§ 83a Unterrichtung der Ausländerbehörde	2493
§ 83b Gerichtskosten, Gegenstandswert	2493
§ 83c Anwendbares Verfahren für die Anordnung und Befristung von Einreise- und Aufenthaltsverboten	2496
Abschnitt 10. Straf- und Bußgeldvorschriften	2496
§ 84 Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2496
§ 84a Gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2499
§ 85 Sonstige Straftaten	2500
§ 86 Bußgeldvorschriften	2503
Abschnitt 11. Übergangs- und Schlussvorschriften	2504
§ 87 Übergangsvorschriften	2504
§ 87a Übergangsvorschriften aus Anlass der am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Änderungen	2507
§ 87b Übergangsvorschrift aus Anlass der am 1. September 2004 in Kraft getretenen Änderungen	2508
§ 87c Übergangsvorschriften aus Anlass der am 6. August 2016 in Kraft getretenen Änderungen	2509
§ 88 Verordnungsermächtigungen	2510

Inhaltsverzeichnis

§ 88a Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	2511
§ 89 Einschränkung von Grundrechten	2512
§ 90 (aF) <i>Ermächtigung zur vorübergehenden Ausübung von Heilkunde (außer Kraft)</i>	2513
Anlage I (zu § 26a)	2514
Anlage II (zu § 29a)	2515
Sachregister	2517


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG